

## INFORMATION



**BUNT STATT BRAUN**  
Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg  
www.bunt-ebe.de

### zur geplanten Veranstaltung der AfD mit Martin Hohmann am Donnerstag, den 11. Mai 2017

Ebersberg, den 5. Mai 2017

Der Kreisverband Erding-Ebersberg der *Alternative für Deutschland (AfD)* kündigt für Donnerstag, den 11. Mai eine Veranstaltung mit Martin Hohmann an. Aus der Presse wurde bekannt, dass diese im **Bürgerhaus Pliening** stattfinden soll, Beginn 19:00 Uhr.

*BUNT STATT BRAUN – Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg* verurteilt diese Veranstaltung als neuerliche Provokation vom äussersten rechten Rand dieser ohnehin bereits weit rechts stehenden Partei. Zu unserer inhaltlichen Positionierung gegenüber AfD und Hohmann verweisen wir Sie auf das anhängende Flugblatt.

Weitere Informationen zu Martin Hohmann:

Vor dem [Amtsgericht Dresden](#) hat er am 02.06.2016 eine Klage wegen Antisemitismusvorwürfen gegen ihn verloren. Ein *“sprachliches Schutzschild zu nutzen, verfängt nicht. Es geht zu Lasten des Klägers, wenn er sich sprachlicher Verwirrspiele bedient.“*

Anlässlich seines Beitritts zur AfD erschien ein [Spiegel-Artikel](#).

Ein dreiteiliges Interview der *Osthessen News* gewährt weitere Einblicke in seine Einstellungen. Im [ersten Teil](#) geht es um die angebliche *“Lügenpresse“* und die Bevormundung durch *“eine gewisse links-grüne Nomenklatura“*. Im [zweiten Teil](#) sagt Hohmann über Muslime: *“Sie haben ein fundamental anderes Welt- und Menschenbild. Sie haben aus dem Koran die religiöse Pflicht, Ungläubige – dazu gehören wir – und Abtrünnige zu töten“* und spricht von *“der dem Islam innewohnenden Gewaltbereitschaft“*. Im [dritten Teil](#) geht es um Erinnerungskultur und *“Büßerhaltung“*. Hohmann nimmt den stramm rechten AfD-Landesvorsitzenden von Thüringen, Björn Höcke gegen Rassismusvorwürfe in Schutz. Er werde von den Medien *“mit gespielter Empörung missverstanden“*. Sexualkundeunterricht in staatlichen Schulen bringt Hohmann in direkten Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt: *“Wenn dieser Sexualkundelehrplan so durchgezogen wird ..., kann es dazu kommen, dass ungefestigte junge Männer dann irgendwann, wenn sie ein Sexualverbrechen begangen haben, sagen: Das haben wir doch in der Schule durchgenommen, da bin ich doch darauf hingeführt worden. Was sagen wir denn dann?“*

Mit welchen Stammtischparolen Hohmann Veranstaltungen bestreitet, können Sie einem [Artikel des Lauterbacher Anzeigers](#) entnehmen.

Vor dem Hintergrund dieser Informationen erwarten wir von Martin Hohmanns Auftritt lediglich den erneuten Versuch, den gesellschaftlichen Diskurs ein weiteres Stück nach rechts zu verschieben. BUNT STATT BRAUN wird sich am **Mittwoch, den 17. Mai** in einer Veranstaltung mit dem Soziologen **Andreas Kemper** genauer mit der Politik der AfD auseinandersetzen. Die Veranstaltung findet im Brauhaus Schweiger (Ebersberger Strasse 26, Markt Schwaben) statt und wird um 19:30 Uhr beginnen. Wir laden Sie herzlich dazu ein und bitten darum, die Veranstaltung anzukündigen.



# BUNT STATT BRAUN

Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg

## Diskussionsveranstaltung zur Politik der AfD

mit Andreas Kemper  
Brauhaus Schweiger, Markt Schwaben,  
Ebersberger Str. 26

**Mittwoch, 17. Mai 2017,  
19:30 Uhr**

Bereits zum zweiten Mal binnen eines halben Jahres versucht der AfD-Kreisverband Erding-Ebersberg Martin Hohmann als Referenten einzuladen. Hohmann war 2003 wegen einer als antisemitisch kritisierten Rede aus der CDU geworfen worden, für die er zuvor jahrelang im Bundestag gesessen war. Dies ist für uns Anlass, uns gemeinsam mit **Andreas Kemper** (Soziologe aus Münster) kritisch mit der Politik der „Alternative für Deutschland“ auseinanderzusetzen.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: **BUNT STATT BRAUN**,  
Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg,  
c/o Kreisjugendring Ebersberg, Bahnhofstraße 12, 85560  
Ebersberg, [www.bunt-ebe.de](http://www.bunt-ebe.de), [kontakt@bunt-ebe.de](mailto:kontakt@bunt-ebe.de)

Einlassvorbehalt: Die Veranstalter\_innen behalten sich gem. Art. 10 Abs. 1 BayWersG vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verweigern oder von dieser auszuschließen.

der „Identitären Bewegung“ (IB). Die zentrale Forderung angesichts der Asylpolitik der Bundesregierung war „Merkel muss weg“. Organisator und Versammlungsleiter war Oliver Krogloth, stellvertretender Schatzmeister des AfD-Kreisverbandes Traunstein. Ein Pressefoto zeigt Krogloth auch als Teilnehmer einer IB-Kundgebung mit dem rassistischen Titel „Integration ist eine Lüge – Remigration“ vor der Münchner Staatskanzlei am 31.7.2016.

Ein weiteres Beispiel sind die Auftritte des bayerischen AfD-Landesvorstandsmitglieds Thomas Fügner im März und August letzten Jahres bei PEGIDA München. Gegen den Anmeldebeleg beider Versammlungen ermittelt das bayerische Landeskriminalamt seit Jahren wegen Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung. Am 22. August sprach nach Fügner ein Nürnberger Neonazi. Nach inhaltlichen Querelen hatte dieser die Partei „Die Rechte“ verlassen und engagiert sich seither auch bei PEGIDA.

### Wer wählt die AfD – und warum?

Solche gemeinsamen Auftritte zeigen, wie wichtig der AfD das Thema Rassismus als ideologischer Kit ist. Tatsächlich muss sie sich auch einer sozial benachteiligten Bevölkerungsschicht als angebliche Alternative anpreisen, die von ihr objektiv gesehen nur Nachteile zu erwarten hat. Laut einer Umfrage von Infratest dimap nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September 2016 konnte die AfD besonders viele ehemalige Nichtwähler\_innen mobilisieren [1]. Neben Männern im mittleren Alter als typische Wählerschicht war die AfD stärkste Partei bei Arbeitslosen, Arbeiter\_innen und Selbständigen – dabei vertritt die Partei lediglich die Interessen eines Teils der letzteren. Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte, selbst prekäre Selbständige in Selbstausbeutung haben von der AfD und ihrer Forderung nach schlankem Staat nichts Positives zu erwarten.

Jahrzehnte neoliberaler Zurichtung und sozialer Grausamkeiten haben der schrumpfenden Mittelschicht die Angst vorm sozialen Abstieg eingehaucht. Obwohl die Forderungen der AfD objektiv in Richtung einer weiteren Zuspitzung der sozialen Verhältnisse zielen, treibt



Kundgebung der „Identitären Bewegung“ in München am 31.07.2016: Oliver Krogloth (links, AfD Traunstein) im Gespräch mit IB-Sprecher Sebastian Zeilinger.

© Endstation Rechts Bayern

ihr diese Abstiegsangst dennoch Wählerstimmen zu. Genau hier muss die Auseinandersetzung mit dem Phänomen AfD ansetzen. Einerseits muss dies soziale Forderungen beinhalten und die totale Abschaffung des Sozialstaats aufhalten. Gespräche mit der AfD sind dabei jedoch kontraproduktiv, rechten Hetzer\_innen darf kein Forum geboten werden. Minimale Voraussetzung für eine demokratische Debatte wäre eine klare Absage an Rassismus, Antisemitismus und völkische Ideologie. Beim Kölner AfD-Parteitag vor wenigen Wochen sorgten die Delegierten jedoch dafür, dass es eine Debatte genau darüber noch nicht einmal auf die Tagesordnung schaffte.

- [1] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.12.2015
- [2] Frankfurter Rundschau vom 19.10.2015
- [3] Focus 18.12.2015
- [4] Die Welt vom 18.01.2017
- [5] Die Welt am Sonntag vom 11.09.2016
- [6] Mannheimer Morgen vom 30.01.2016
- [7] Die Zeit vom 31.01.2016
- [8] Die Zeit vom 10.02.2016
- [9] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.05.2016
- [10] Süddeutsche Zeitung vom 19.02.2017
- [11] Süddeutsche Zeitung vom 04.09.2016, Der Spiegel vom 05.09.2016

**Wir fordern: Keine Bühne, kein Saal,  
kein Fußbreit für rechte Hetzer\_innen –  
nicht in der Gemeinde Markt Schwaben,  
nicht im Landkreis Ebersberg, nicht sonstwo!**



**BUNT STATT BRAUN**  
Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: **BUNT STATT BRAUN**, Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg, c/o Kreisjugendring Ebersberg, Bahnhofstraße 12, 85560 Ebersberg, www.bunt-ebe.de, kontakt@bunt-ebe.de

# AfD provoziert erneut mit Martin Hohmann

Bereits zum zweiten Mal binnen eines halben Jahres versucht der AfD-Kreisverband Erding-Ebersberg seinen umstrittenen Parteifreund Martin Hohmann (siehe Kasten) als Referenten einzuladen und lässt damit auf die eigene Positionierung schließen. Mit ihrer ersten Einladung im November 2016 war die AfD noch gründlich baden gegangen. Nach öffentlichen Protesten gegen den Auftritt des Referenten zogen lokale Gaststättenbetreiber\_innen die Raumbuchungen für die AfD zurück bzw. wollten ihr keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung stellen.

Martin Hohmann war 2004 aus der CDU geflogen, nachdem seine „Tätervolk“-Rede (siehe Kasten) als antisemitisch und geschichtsrevisionistisch kritisiert worden war. Er hatte angeblich jüdische Verbrechen während des Bürgerkriegs in der frühen Sowjetunion aufgezählt und gefolgert: „Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet.“ In Anknüpfung an seine damalige Rede war die geplante Veranstaltung in Ebersberg in zeitlicher Nähe zum Jahrestag der Reichspogromnacht mit dem Titel „Der deutsche Schuldkomplex und seine Auswirkungen auf die Politik der Altparteien“ angekündigt. Nun soll Martin Hohmann am Freitag, den 19. Mai „im Großraum Markt Schwaben“ auftreten. Ort und Zeit sind noch nicht bekannt.

### Ideologieelemente der „Alternative für Deutschland“

Mit Gründung der AfD 2013 konnte sich erstmals eine Partei rechts der Union dauerhaft und flächendeckend in den deutschen Parlamenten etablieren. Sie sitzt aktuell in elf Landtagen und im Europa-Parlament. Nach anfangs noch höheren Werten werden für die Bundestagswahl aktuell zwischen sieben und zehn Prozent prognostiziert. Die „Mitte-Studien“ von Friedrich-Ebert-Stiftung und Universität Leipzig zeigen schon seit Jahren, dass ca. ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland auch ohne geschlossenes rechtsextremes Weltbild einzelne Einstellungen vertritt, die nur als rassistisch, menschenverachtend und/oder anti-demokratisch bezeichnet werden können. Das hatte sich allerdings bislang noch nicht als nachhaltiger Wahlerfolg einer rechtspopulistischen Partei im Sinne ihrer Etablierung in den Parlamenten umgemünzt. Nun bietet sich die AfD als Anknüpfungspunkt für diesen Teil der Wählerschaft an:

Die AfD vertritt einen **völkischen Nationalismus**. Exemplarisch dafür stehen vor allem die AfD-Landesvorsitzenden von Thüringen und Sachsen-Anhalt, Björn Höcke und Andre Poggenburg. Von ersterem ist fol-

gendes Zitat bekannt: „In Afrika herrscht nämlich die sogenannte r-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt. Dort dominiert der sogenannte ‚Ausbreitungstyp‘. Und in Europa verfolgt man überwiegend die K-Strategie, die die Kapazität des Lebensraums optimal ausnutzen möchte. Hier lebt der ‚Platzhaltertyp‘... Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“ [1]. Diese Rassentheorie ist purer Biologismus: Beobachtungen aus der Ökologie des Tierreichs werden vollkommen unwissenschaftlich auf den Menschen übertragen. Auch ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus („Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat.“ [2]) und Gegnerschaft zum Judentum („Christentum und Judentum stellen einen Antagonismus dar. Darum kann ich mit dem Begriff des christlich-jüdischen Abendlands nichts anfangen.“ [3]) sind Teil von Höckes Repertoire. Das zentrale Holocaust-Mahnmal in Berlin nennt er „Denkmal der Schande“ und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen „dämliche Bewältigungspolitik“ [4].

Zwar fordern einige im AfD-Bundesvorstand wegen dieser und anderer Zitate seinen Rauswurf, doch selbst Frauke Petry, die als Co-Parteivorsitzende angeblich auf „Konsequenzen“ für Höcke drängt, will „daran arbeiten,

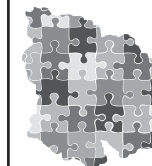
## Diskussionsveranstaltung

zur Politik der AfD  
mit Andreas Kemper  
Soziologe aus Münster

Brauhaus Schweiger, Markt Schwaben,  
Ebersberger Str. 26

**Mittwoch, 17. Mai 2017,  
Beginn 19:30 Uhr**

Einlassvorbehalt: Die Veranstalter\_innen behalten sich gem. Art. 10 Abs.1 BayVersG vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.



**BUNT STATT BRAUN**  
Bündnis gegen Rechtsradikalismus im Landkreis Ebersberg



## Martin Hohmann – neuer rechter Exponent der AfD?

Martin Hohmann war als CDU-Abgeordneter für den Wahlkreis Fulda in den Jahren 1998 bis 2004 Mitglied des Bundestags gewesen. Seine Rede zum deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober 2003 (siehe separater Kasten) war massiv als antisemitisch kritisiert worden und hatte letztlich zu seinem Rauswurf zunächst aus der CDU-Bundestagsfraktion und dann aus der CDU selbst geführt.

Mittlerweile ist Martin Hohmann Mitglied der AfD und belegt den Listenplatz 4 der hessischen Landesliste für die Bundestagswahl 2017. Martin Hohmann überschreibt seinen Internetauftritt mit dem Motto „Gott – Familie – Vaterland“. Außer einem Interview von 2012, ausgerechnet mit Eva Herman, Autorin des antifeministischen Buchs „Das Eva-Prinzip“, enthält sie jedoch kaum Informationen. Befragt zu seiner „Tätervolk“-Rede zeigt er sich im Interview vollkommen uneinsichtig und ergeht sich in Spekulationen: „Offensichtlich möchten einflussreiche Juden dunkle Kapitel jüdischer Geschichte lieber im Dunkeln belassen“ [1].

Inhaltlich vertritt Hohmann ein krudes Potpourri aus christlichem Fundamentalismus, Lebensschutz und Homophobie. So beteiligt er sich beispielsweise an rechten „Gebetszügen für das ungeborene Leben“ und bezieht sich positiv auf die schwulen- und lesbenfeindliche „Demo für alle“. Diese (zumindest anfangs) aus dem Büro von Beatrix von Storch organisierte Initiative wendet sich gegen „Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder“ – dabei geht es um nichts anderes als zeitgemäßen Sexualkundeunterricht in Schulen.

Martin Hohmann hat auch keine Berührungspunkte mit extrem Rechten. Befragt zur Diskussion um einen (damals möglichen, inzwischen vollzogenen) Rauswurf von Wolfgang Gedeon aus der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg wegen antisemitischer Thesen sieht er „die Meinungsfreiheit eingeschränkt durch den Volksverhetzungssparagrafen“. Man müsse „wieder zu einem Zustand der Normalität kommen, weg vom Gouvernantendiskurs“ [2]. Hier klingt die Ideologie der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ an, laut der die Bundesrepublik kein souveräner Staat sei, sondern noch immer von den Alliierten besetzt.

Zur Politik gegenüber Geflüchteten sagt Martin Hohmann unter anderem: „Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, dass unser Volk schleichend ausgetauscht wird“ [2]. Damit greift er die Wahnvorstellung vom angeblichen „großen Austausch“ auf, wie er beispielsweise auch von der extrem rechten „Identitären Bewegung“ vertreten wird. Statt anzuerkennen, dass es reale Gründe gibt, die Menschen aus vielen Teilen der Welt zwingen, zu uns zu fliehen, wird allen Ernstes behauptet, die Bundesregierung betreibe einen „Bevölkerungsaustausch“, der ihr willfährigere Untertanen beschaffen solle. Weiter sagt Hohmann zu Geflüchteten: „Eine Volksgemeinschaft muss wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt“ [2]. Er bezieht sich nicht etwa auf eine Gesellschaft, die sich durch gemeinsames Leben in einer gemeinsamen Region definiert, sondern auf eine homogene „Volksgemeinschaft“.

[1] [http://www.martinhohmann.de/hohmann\\_interview.html](http://www.martinhohmann.de/hohmann_interview.html) [26.04.2017]

[2] Der Spiegel vom 20.06.2016

dass dieser Begriff [völkisch] wieder positiv besetzt ist“ [5]. Völkisch mit rassistisch gleichzusetzen sei laut Petry eine „unzulässige Verkürzung“. Ist es nicht! „Völkisch“ ist als Adjektiv eindeutig mit dem Nationalsozialismus und seinen Vorläuferbewegungen verbundenen. Es beschreibt einen Nationalismus, der auch ohne rassistische Ein- und Ausschlusskriterien schon schlecht genug wäre. Nationalismus trägt nichts zur Bekämpfung der gesellschaftlichen Probleme bei, sondern lenkt von diesen ab. Er ist daher selbst zu bekämpfen – ein völkischer allemal!

Ein weiteres Charakteristikum der AfD ist ihr **anti-muslimischer Rassismus**. Bei diesem Anknüpfungspunkt zur extrem rechten PEGIDA-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) handelt es sich keineswegs um eine grundsätzliche Religionskritik, sonst könnten sich nicht so viele christliche Fundamentalist\_innen wie Martin Hohmann oder Beatrix von Storch gut in dieser Partei aufgehoben fühlen. Vielmehr wird Kritik am Islam als Vehikel für rassistische Argumentationsmuster genutzt. Die meist zufällige Religionszugehörigkeit wird als Wesensmerkmal interpretiert und einer ganzen Gruppe von Menschen zugeschrieben – oftmals in diskriminierender Absicht.

Bei der **Asylpolitik** können der AfD repressive Maßnahmen nicht weit genug gehen. Beispielhaft sei hier an Frauke Petrys Forderung erinnert, die Bundespolizei müsse „den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ [6]. Ihrer Stellvertreterin Beatrix von Storch geht das noch nicht weit genug. In einer Facebook-Kommunikation schreibt sie „Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer“ und gegen solche müsse man sich verteidigen. Auf explizite Nachfrage eines Nutzers „Wollt Ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?“ antwortet sie kurz: „Ja.“ [7] Später erklärt sie ihre Reaktion dann damit, sie sei „auf der Computermäus abgerutscht“ [8].

Die AfD vertritt eine **marktradikale Wirtschafts- und Sozialpolitik**: schlanker Staat, freie Entfaltung der Marktkräfte. Seit dem Rückzug des Parteiflügels um Bernd Lucke auf dem Essener Parteitag Ende Juni 2015 und der zunehmenden Dominanz des völkischen Parteiflügels sind die wirtschaftspolitischen Positionen der AfD deutlich aus dem Fokus gerückt. Dabei war die Gegnerschaft zum Euro und zum Europäischem Rettungsschirm insbesondere während der Gründung der Vorgängerorganisation „Wahlalternative 2013“ das tragende Thema der Partei.

Nach dem Motto „Den Staat, der seine Bürger ausbeutet, lehnen wir ab“ [9] fordert die AfD die Senkung oder komplette Streichung so gut wie jeder Steuer: Erbschaftssteuer, Grunderwerbssteuer, Einkommenssteuer, Gewerbesteuer. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnt sie ab. Wie sich insbesondere die Gemeinden nach Wegfall der Gewerbesteuer finanzieren sollen, verschweigt die Partei. Die Steuerprogression soll auf wenige Stu-

fen reduziert werden, ohne dass die AfD die Stufen konkret benennt. Frühere Stufenmodelle waren dafür kritisiert worden, dass sie Besserverdienende bevorzugen und den Staat belasten.

In gewissem Gegensatz zu diesen Forderungen, will die AfD am Mindestlohn festhalten. Warum? Im Grundsatzprogramm vom 27. Juni 2016 heißt es dazu: „Er schützt sie [die Arbeitnehmer\_innen] auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck.“ Also doch wieder ein schlüssiger Beweggrund – profitieren werden davon zuvorderst deutsche Arbeitnehmer\_innen.

### Verhältnis der AfD zu extrem Rechten

Zwar haben einige AfD-Gremien formelle Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefasst, die gemeinsame Veranstaltungen und Doppelmitgliedschaften ihrer Mitglieder mit allerlei extrem rechten und vom Verfassungsschutz beobachteten Parteien und Gruppierungen verhindern sollen. Doch in der Praxis werden diese häufig unterlaufen. Beispielsweise verfügt die AfD über hervorragende Verbindungen zu neurechten Publikationsorganen wie der national-konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der Zeitschrift „Sezession“ des neurechten „Instituts für Staatspolitik“, der rechtlibertären Zeitschrift „eigentümlich frei“ und dem verschwörungstheoretischen Monatsmagazin „Compact“. Der bayerische Landesverband gehört laut einer aktuellen Studie der Petra-Kelly-Stiftung und der Universität München „innerhalb der Gesamtpartei mittlerweile zu den rechten Landesverbänden“. Die zahlreichen Beispiele für „personelle Überschneidungen“ der AfD mit der extremen Rechten machten deutlich, „dass es sich keineswegs um Einzelfälle handelt“ [10]. Wir beschränken uns hier auf zwei Beispiele aus Oberbayern.

Bei zwei Kundgebungen in Traunreut im Chiemgau im Januar und August letzten Jahres wehten die Fahnen der AfD gemeinsam mit denen offen rechtsextremer Organisationen wie der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und



Kundgebung der AfD in Traunreut am 13.08.2016: Die Fahne der „Aktion Widerstand“ (NPD) durfte direkt vor der Bühne der AfD gezeigt werden.

© Endstation Rechts Bayern

## „Tätervolk“-Rede von 2003

Martin Hohmanns Rede „Gerechtigkeit für Deutschland“ vom 3. Oktober 2003 vor seinem CDU-Ortsverband Neuhoft bei Fulda beginnt eher banal mit einer Aufzählung dessen, was er für Absurditäten des Sozial- und Rechtsstaats hält. Er merkt an, beim Bezug von Sozialleistungen habe „der einzelne, den man früher Schmarotzer genannt hätte, in der Regel kein schlechtes Gewissen“. Nach einer Überleitung zu seinem eigentlichen Thema konstruiert Hohmann den Vorwurf die Deutschen seien ein „Tätervolk“, was „fast zu einer neuen Selbstdefinition der Deutschen geführt“ [1] habe.

Dann stellt er die Frage: „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte ...?“ [1]. Es folgt eine lange Aufzählung von Menschen mit jüdischem Glauben oder jüdischer Abstammung, die in der frühen Sowjetunion eine herausragende Rolle bei den Bolschewiki gespielt haben. Hohmann kommt nun zum zentralen Absatz seiner Rede: „Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der ‚Täterschaft‘ der Juden fragen. ... Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet.“ [1]

Zum Abschluss übt sich Hohmann in der abstrusen Extremismus-Theorie laut der rechts und links doch eigentlich wesensgleich seien und nur eine starke bürgerliche Mitte vor diesen Übeln schütze: „Verbindendes Element des Bolschewismus und des Nationalsozialismus war also die religionsfeindliche Ausrichtung und die Gottlosigkeit. Daher sind weder ‚die Deutschen‘, noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts.“ [1]

Zusammenfassend konstruiert hier der ehemalige MdB der hessischen CDU in Form der „Kollektivschuld-These“ eine Haltung die niemand vertritt und widerlegt sie. Das Ganze dient ihm ausschließlich zur Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus durch Relativierung. Der erste und weitaus weniger zitierte Teil seiner Rede ergibt nur dann Sinn, wenn man ihn als Gleichsetzung der Opfer des Nationalsozialismus mit „Schmarotzern“ interpretiert. Der zweite Teil ist eine geradezu klassische Variante des sogenannten „sekundären Antisemitismus“ – den Opfern des Nationalsozialismus wird angelastet auf Aufarbeitung und Entschädigung zu drängen.

Wie wird Martin Hohmann in der AfD rezipiert? Der Co-Parteivorsitzende und Höcke-Unterstützer Jörg Meuthen lässt sich mit den Worten zitieren, man habe Hohmann 2003 infolge seiner Rede „beträchtliches Unrecht angetan“. Weiter sagt er: „Wenn wir den leisesten Verdacht hätten, dass Herr Hohmann antisemitische Positionen verträte, dann wäre er für unsere Partei kein möglicher Exponent“ [2]. Klar, und Wolfgang Gedeon, dessen antisemitische Thesen seit 2012 gedruckt vorliegen, wäre nie in den Landtag von Baden-Württemberg gekommen ...

[1] <https://www.heise.de/tp/features/Der-Wortlaut-der-Rede-von-MdB-Martin-Hohmann-zum-Nationalfeiertag-3431873.html> [26.04.2017]

[2] Handelsblatt vom 07.11.2016